

Vorlage Nr. 101.17.413

Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr am 20.06.2012 zurückgezogen.

Lärmschutz an der A44

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Denkmalpflege dafür Sorge zu tragen, dass aus Gründen des Schutzes vor Verkehrslärm geeignete bauliche Maßnahmen an der A44 bis zur Anschlussstelle Bad Wilhelmshöhe realisiert werden können.

Begründung:

Ziel der Erdaufschüttungen im genannten Bereich ist der Lärmschutz. Ohne den nachgewiesenen Bedarf wäre dieses Projekt niemals begonnen worden. Es ist den betroffenen Menschen in den Stadtteilen Brasselsberg und in Teilen Nordshausen nicht zuzumuten, dass der Bau auf „halber Strecke“ stehen bleibt. Nicht nur der Denkmalschutz sondern auch die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen müssen beachtet werden. Deswegen soll der Magistrat mit allen Beteiligten nach einer Lösung suchen, die den Lärmschutz für die Betroffenen Bürger ermöglicht.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dominique Kalb

gez. Dr. Norbert Wett
Fraktionsvorsitzender